

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses
am Freitag, dem 30.09.2016, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:56 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht der Verwaltung zu aktuellen Themen der Finanzwirtschaft	5
3.	Bericht zur Haushaltssituation 2016	089/2016 6
4.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: Bericht über die Entwicklung der Finanzanlagen zur Sicherung der zukünftigen Pensionszahlungen	130/2016 7
5.	Auswirkungen des § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG)	117/2016 8
6.	Sachstand zum Forderungsmanagement des Kreises Warendorf	095/2016 9
7.	Liquidation der WLE-Spedition	129/2016 10
8.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH	107/2016 11
9.	Zuschuss an den Caritasverband im Kreis Warendorf e.V. - Sanierung Flachdach und Holzfenster der Vinzenz-von-Paul-Schule in Beckum	110/2016 12

Anlagen:

- Anlage 1 Presseinformation des Flughafen Münster-Osnabrück
 Anlage 2 Mitteilung vom 30.09.2016 zu Verbesserungen zum Etatentwurf 2017
 Anlage 3 Präsentation zu TOP 3 Bericht zur Haushaltssituation
 Anlage 4 Präsentation zu TOP 4 Entwicklung der Finanzanlagen zur Sicherung der zukünftigen Pensionszahlungen
 Anlage 5 Präsentation zu TOP 5 Auswirkungen des § 2 b UStG
 Anlage 6 Präsentation zu TOP 6 Sachstand zum Forderungsmanagement

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Budde, Heinrich	
Buschkamp, Franz-Josef	
Fleiter, Albert	
Gutsche, Guido	Vertretung für Herrn Winfried Kaup
Kleene-Erke, Andrea	
Kleibolde, Bernhard	
Kreft, Peter	
Menke, Hans-Ulrich	
Möllmann, Rolf	
Multermann, Joachim	
Pries, Wilhelm	
Schlösser, Ulrich	
Schulte, Stephan	
Schulze Westhoff, Stephan	
Thiel, Joachim	Vertretung für Herrn Bernhard Drestomark
Westerwalbesloh, Florian	
von der Verwaltung	
Funke, Stefan Dr.	
Seidel, Ansgar Dr.	
Kleier, Ulrike	
Rogoski, Nicole	

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Drestomark, Bernhard

Hermans, Pia

Kaup, Winfried

Herr Kreft eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 16.09.2016 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage des Vorsitzenden meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2. Bericht der Verwaltung zu aktuellen Themen der Finanzwirtschaft	
---	--

Herr Dr. Funke führt aus, dass er zum einen aufgrund der vereinbarten Aktualisierung der Entwicklung zur Sitzung des Aufsichtsrates des FMO am gestrigen Abend und zum anderen zu Verbesserungen im Haushaltsplanentwurf 2017 des Kreises informieren wolle.

Flughafen Münster Osnabrück

Zwischenzeitlich hätten sich Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung des FMO einstimmig auf Herrn Prof. Dr. Schwarz als neuen Geschäftsführer geeinigt. Er werde am 01.03.2017 seine Arbeit aufnehmen und habe einen 5-Jahresvertrag erhalten.

Zudem seien in der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates die Ergebnisse der Marktstudien zu den Themen Beteiligung privater Investoren und Fracht durch das Beratungsunternehmen PWC vorgestellt worden. Die Presseinfo des FMO liege den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor (**Anlage 1**). Konkrete Maßnahmen seien danach in der gestrigen Sitzung nicht diskutiert worden.

Eckdatenpapier / Haushaltsplanentwurf 2017

Herr Dr. Funke berichtet, die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2017 sei zurzeit sehr von Dynamik geprägt. Erfreulicherweise sei nun eine Verbesserung eingetreten, und zwar durch die von der Bundesregierung zugesagte vollständige Erstattung der flüchtlingsbedingten Kosten für Unterkunft und Heizung. Der Gesetzesentwurf sei zwei Tage nach Vorstellung des Eckdatenpapiers durch das Bundeskabinett beschlossen worden und daher im Eckdatenpapier noch nicht berücksichtigt gewesen. Derzeit gehe er davon aus, dass von den flüchtlingsbedingten Kosten für Unterkunft und Heizung im Jahr 2017 nicht wie geplant nur 900 T€, sondern rd. 2,9 Mio. € vom Bund erstattet würden. Die 2 Mio. € Verbesserung würden nun in den Etat eingearbeitet. Abzuwarten bleibe aber, wie viele Flüchtlinge einen Leistungsanspruch haben werden.

Die Etatverbesserung solle dafür genutzt werden, den Griff in die Allgemeine Rücklage zu reduzieren und die Städte und Gemeinden zu entlasten, und zwar in einem Umfang von 0,4 %-Punkten der Kreisumlage. Damit belaufe sich der Anstieg der Kreisumlage auf 7,1 Mio. € anstelle der bisherigen 8,4 Mio. €. An die Ausschussmitglieder wurde ein entsprechendes Schreiben an die Kreistagsmitglieder und den Sprecher der Bürgermeister verteilt (**Anlage 2**).

Eine weitere Verbesserung i. H. v. 400 T€ ergebe sich durch das neue Inklusionsstärkungsgesetz, nach dem Fälle des Kreissozialamtes an den Landschaftsverband abgegeben werden können. Diese Verbesserung werde der Kreis in 2017 für die Finanzierung der Eigenmittel des Breitband-Projektes einsetzen. Das sei bereits mit den Bürgermeistern abgestimmt. Der aufzubringende Eigenanteil solle hälftig über die Kreisumlage und hälftig über die Haushalte der Kommunen finanziert werden.

Eine weitergehende Information zum Thema Breitband ist für die Sitzung des Kreis-
ausschusses am 07.10.2016 vorgesehen.

Die Ausführungen des Kämmerers werden allgemein begrüßt.

3. Bericht zur Haushaltssituation 2016**089/2016**

Herr Dr. Funke berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und als **Anlage 3** der Niederschrift beigefügt ist, über die aktuelle Entwicklung des Haushalts 2016.

Dabei macht er deutlich, dass neben der erwarteten Verbesserung i. H. v. 1,5 Mio. € möglicherweise weitere 700 T€ Verbesserung aufgrund der Erstattungen für flüchtlingsbedingte Kosten im Jobcenter eintreten könnten, so dass es zu einer Etatverbesserung i. H. v. insgesamt rd. 2,2 Mio. € im Jahr 2016 kommen könnte.

Herr Möllmann erkundigt sich, ob bei den Kontokorrentkrediten ein Trend absehbar sei. Herr Dr. Funke führt aus, der Trend schein positiv zu sein, hänge aber sicherlich von der Höhe des Eingriffs in die Rücklage des Kreises im Jahr 2017 ab.

Herr Kreft erkundigt sich, ob die Verbesserung bei der Anzahl der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften eine stabile Entwicklung sei oder ob es sich vielmehr um eine Verschiebung handle, die eine stärkere Belastung im Jahr 2017 zur Folge habe.

Herr Dr. Funke weist auf einen ausführlichen Bericht von Frau Klausmeier zum Thema Bedarfsgemeinschaften im Sozialausschuss hin. Sie habe berichtet, dass in letzter Zeit viele Langzeitarbeitslose in Arbeit vermittelt werden konnten. Dies habe sich in diesem Jahr positiv auf die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ausgewirkt. Im kommenden Jahr rechne das Jobcenter flüchtlingsbedingt mit einem Anstieg der Bedarfsgemeinschaften auf eventuell 9.600.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

4.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: Bericht über die Entwicklung der Finanzanlagen zur Sicherung der zukünftigen Pensionszahlungen	130/2016
----	---	-----------------

Herr Schulte erläutert die Hintergründe des Antrags.

Herr Dr. Funke informiert über die Entwicklung der Finanzanlagen zur Sicherung der Pensionszahlungen anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und als **Anlage 4** der Niederschrift beigelegt ist.

Das Vermögen der Wertsicherungsanlage bei der DZ Bank betrage aktuell 8,9 Mio. €. Rd. 78% der Anlage seien in Renten angelegt, und rd. 14% in Aktien, die auch für den Renditekick ursächlich seien. Im aktuellen Jahr liege die Rendite derzeit bei 3,46%. Seit dem Jahr 2012 liege die durchschnittliche Rendite bei 5,21%. Bei der Zuführung zu den Fonds müsse sich der Kreis aus seiner Sicht an der Höhe der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen orientieren. Die Planung für den Haushalt 2017 mit einer Zuführung i. H. v. 2 Mio. € zum Kapitalstock sowie 1 Mio. € für den Schuldenabbau halte er für einen guten Kompromiss.

Herr Möllmann erklärt, man solle grundsätzlich auf die effizientere Variante Kapitalstock setzen. Es sei jedoch wichtig, im Rahmen der Vorsorge auch den Schuldenabbau nicht zu vergessen.

Frau Kleene-Erke bekräftigt, der Kreis solle beides im Blick behalten: sowohl den Schuldenabbau als auch die Vorsorge für kommende Generationen.

Herr Schulte verdeutlicht, dass es aufgrund der niedrigen Zinssätze am Kapitalmarkt aus seiner Sicht unsinnig sei, den Aufbau des Kapitalstocks zugunsten des Schuldenabbaus zu reduzieren. Hier könne er insbesondere die FWG nicht verstehen. Herr Menke weist die Kritik entschieden zurück.

Herr Thiel erkundigt sich, ab welchem Zeitpunkt der Kreis beabsichtige, das Geld aus dem Vorsorgefonds wieder abzuziehen.

Herr Dr. Funke führt aus, er könne kein genaues Datum nennen. Die Anlagestrategie sei auf mehrere Generationen ausgerichtet. Sobald ein Niveau an Versorgungszahlungen erreicht sei, das einen bestimmten Wert übersteigt, käme eine Auszahlung des Differenzbetrags in Betracht.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

5. Auswirkungen des § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG)**117/2016**

Herr Dr. Funke informiert über die Auswirkungen des § 2 b UStG anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und als **Anlage 5** der Niederschrift beigefügt ist. Herr Dr. Funke führt aus, dass es sich um ein schwieriges und komplexes Thema handele und die Verwaltung beabsichtige, bis zum Ende des Jahres eine Optionserklärung abzugeben.

Herr Gutsche kritisiert die neuen Regelungen. Anstelle klarer Regelungen würde den Kommunen nun eine Kostenexplosion beschert. Der europäische Druck und der Einfluss der Lobbyisten scheine sich durchgesetzt zu haben. Dabei blieben kommunale Interessen auf der Strecke. Es gehe bei der interkommunalen Zusammenarbeit nicht darum, kleinen Handwerkern Konkurrenz zu machen. Es könne nur an den Bund appelliert werden, klare Regelungen zugunsten der Kommunen zu schaffen.

Herr Westerwalbesloh erkundigt sich, ob es sich bei der Optionserklärung um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele.

Herr Dr. Funke führt aus, dass die Verwaltung den Vorgang als Geschäft der laufenden Verwaltung ansehe.

Es herrscht allgemeine Zustimmung, zur Absicht der Verwaltung, eine Optionserklärung abzugeben. Es besteht der Wunsch, dass die Verwaltung über die Thematik weiter informiert.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

6.	Sachstand zum Forderungsmanagement des Kreises Warndorf	095/2016
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Seidel informiert über den Sachstand zum Forderungsmanagement anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und als **Anlage 6** der Niederschrift beigefügt ist. Die Entwicklung sei weiterhin positiv.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die erfolgreiche Arbeit.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

7. Liquidation der WLE-Spedition**129/2016**

Herr Dr. Seidel führt kurz in Thematik ein.

Beschlussvorschlag:

1. Der Auflösung der WLE-Spedition GmbH mit Wirkung vom 01.01.2017 (0:00 Uhr) wird zugestimmt.
2. Zu Liquidatoren der Gesellschaft werden Herr André Pieperjohanns und Herr Marcus Hinterland bestellt.

Die Liquidatoren haben Alleinvertretungsbefugnis und sind von allen Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

3. Die Vertreter des Kreises Warendorf in den Gremien der WLE werden beauftragt, den für die Umsetzung der Punkte 1. und 2. erforderlichen Beschlüssen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

8. Änderung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH**107/2016**

Herr Thiel erklärt, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei mit mehreren Änderungen des Gesellschaftsvertrages nicht einverstanden und werde daher nicht zustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH auf Basis des beiliegenden Entwurfs mit Stand Gesellschafterversammlung vom 16.06.2016, ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zu.

Die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH werden insofern beauftragt, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages in der vorliegenden Fassung der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH vom 16.06.2016, ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 13 Nein 2 Enthaltung 0

9.	Zuschuss an den Caritasverband im Kreis Warendorf e.V. - Sanierung Flachdach und Holzfenster der Vinzenz-von-Paul-Schule in Beckum	110/2016
-----------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

1. Die Instandsetzungsaufwendungen für das Flachdach und die Holzfenstersanierung an der Vinzenz-von-Paul-Schule in Beckum i. H. v. insgesamt 260.000 € im Jahr 2017 werden anerkannt.
2. Der Kreis Warendorf trägt die Zins- und Tilgungsleistungen für neue Darlehen i. H. v. maximal 260.000 € des Caritasverbandes im Kreisdekanat Warendorf e.V. während der gesamten Laufzeit, soweit keine Förderung durch Dritte erfolgt.
3. Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für ein vom Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf e. V. noch aufzunehmendes Darlehen für den aufgeführten Zweck i. H. v. maximal 260.000 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Kreft um 10:56 Uhr die Sitzung.

gez.
Peter Kreft
Vorsitzender

gez.
Dr. Stefan Funke
Schriftführer